

# BGH-Leitsatz-Entscheidungen

## Heute neu:

1. [ZPO: Einwand der Übersicherung des Gläubigers](#)  
Beschluss 17.08.2011, I ZB 5/11
2. [GmbHG, BGB: Gutgläubiger Erwerb eines aufschiebend bedingt abgetretenen Geschäftsanteils](#)  
Beschluss 20.09.2011, II ZB 17/10
3. [AufenthG: Einvernehmen der Strafverfolgungsbehörde mit der Abschiebung](#)  
Beschluss 29.09.2011, V ZB 173/11
4. [ZPO: Verschulden bzgl. Fristversäumung bei konkreter Einzelanweisung](#)  
Beschluss 20.09.2011, VI ZB 23/11
5. [BGB: notwendiger Inhalt einer Modernisierungsankündigung](#)  
Urteil 28.09.2011, VIII ZR 242/10
6. [ZPO: gewillkürte Prozeßstandschaft eines Verbandes](#)  
Urteil 21.09.2011, VIII ZR 118/10
7. [ZPO: Anfechtung isolierter Kostenentscheidungen in Ehe- und Familiensachen](#)  
Beschluss 28.09.2011, XII ZB 2/11

## Urteile und Beschlüsse:

### 1. ZPO: Einwand der Übersicherung des Gläubigers

Beschluss 17.08.2011, I ZB 5/11

ZPO § 803 Abs. 1 Satz 2

Der Schuldner kann den Einwand der Übersicherung des Gläubigers (§ 803 Abs. 1 Satz 2 ZPO) im Verfahren zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung nur durch Widerspruch gemäß § 900 Abs. 4 Satz 1 ZPO und nicht mit der Erinnerung gemäß § 766 Abs. 1 Satz 1 ZPO geltend machen.

### 2. GmbHG, BGB: Gutgläubiger Erwerb eines aufschiebend bedingt abgetretenen Geschäftsanteils

Beschluss 20.09.2011, II ZB 17/10

BGB § 161 Abs. 3, GmbHG § 16 Abs. 3, § 40 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1

a)Das Registergericht ist berechtigt, eine Gesellschafterliste zurückzuweisen, die

Personen der Gesellschafter oder des Umfangs ihrer Beteiligung ausweist, sondern solche nur ankündigt.

b) Ein aufschiebend bedingt abgetretener Geschäftsanteil kann nicht nach § 161 Abs. 3 BGB in Verbindung mit § 16 Abs. 3 GmbHG vor Bedingungseintritt von einem Zweiterwerber gutgläubig erworben werden.

### **3. AufenthG: Einvernehmen der Strafverfolgungsbehörde mit der Abschiebung**

Beschluss 29.09.2011, V ZB 173/11

AufenthG § 72 Abs. 4 Satz 1

Fehlen in einem zulässigen Haftantrag die objektiv erforderlichen Angaben zu dem Einvernehmen der Strafverfolgungsbehörden mit der Abschiebung, kann die zunächst rechtswidrige Haft durch die spätere Erteilung des Einvernehmens erst dann rechtmäßig werden, wenn dem Betroffenen insoweit rechtliches Gehör gewährt wird.

### **4. ZPO: Verschulden bzgl. Fristversäumung bei konkreter Einzelanweisung**

Beschluss 20.09.2011, VI ZB 23/11

ZPO § 233 (Fd)

Für den Ausschluss des einer Partei zuzurechnenden Verschuldens ihres Anwalts (§ 85 Abs. 2, § 233 ZPO) an der Fristversäumung kommt es auf allgemeine organisatorische Vorkehrungen bzw. Anweisungen für die Fristwahrung in einer Anwaltskanzlei dann nicht mehr an, wenn der Rechtsanwalt einer Kanzleiangestellten, die sich bisher als zuverlässig erwiesen hat, eine konkrete Einzelanweisung erteilt, die bei Befolgung die Fristwahrung gewährleistet hätte.

### **5. BGB: notwendiger Inhalt einer Modernisierungsankündigung**

Urteil 28.09.2011, VIII ZR 242/10

BGB §§ 432, 554; ZPO §§ 253, 531

a) Der Klageantrag auf Duldung der Modernisierung einer Mietwohnung ist hinreichend bestimmt, wenn der erstrebte Duldungserfolg sowie der Umfang der zu duldenen Arbeiten in seinen wesentlichen Umrissen und Schritten im Antrag umschrieben werden.

b) Ist eine Mietwohnung von einer Bruchteilsgemeinschaft vermietet, kann die von der Bruchteilsgemeinschaft beanspruchte Duldung einer Wohnungsmodernisierung

Recht klageweise durchgesetzt werden.

c) Eine nach § 554 Abs. 3 Satz 1 BGB erforderliche Modernisierungsankündigung muss nicht jede Einzelheit der beabsichtigten Modernisierungsmaßnahme beschreiben und nicht jede mögliche Auswirkung mitteilen. Sie muss lediglich so konkret gefasst sein, dass sie den Informationsbedürfnissen des Mieters Rechnung trägt, das Ziel der beabsichtigten Modernisierung und die zu dessen Erreichung geplanten Maßnahmen zu erfahren, um ihm darüber ein zureichendes Kenntnis zu vermitteln, in welcher Weise die Wohnung durch die geplanten Maßnahmen verändert wird und wie sich diese Maßnahmen künftig auf den Mietgebrauch einschließlich etwaiger Verwendungen des Mieters sowie die zu zahlende Miete auswirken.

## **6. ZPO: gewillkürte Prozeßstandschaft eines Verbandes**

Urteil 21.09.2011, VIII ZR 118/10

ZPO § 51 Abs. 1

Ein eigenes schutzwürdiges Interesse eines Verbandes an der Durchsetzung eines fremden Rechts ist grundsätzlich dann anzuerkennen, wenn die Rechtsverfolgung der satzungsgemäßen Wahrnehmung der geschäftlichen Belange seiner Mitglieder entspricht (im Anschluss an BGH, Urteile vom 5. Oktober 1955 - IV ZR 302/54, MDR 1956, 154; vom 17. Februar 1983 - I ZR 194/80, NJW 1983, 1559 mwN). Dabei kann auch eine auf einzelne Mitglieder beschränkte Klage dem Zweck dienen, die geschäftlichen Belange aller Mitglieder oder wenigstens der Mehrheit der Mitglieder zu verfolgen.

## **7. ZPO: Anfechtung isolierter Kostenentscheidungen in Ehe- und Familienstreitsachen**

Beschluss 28.09.2011, XII ZB 2/11

FamFG §§ 38, 58 ff., 80 ff., 113 Abs. 1, 243; ZPO §§ 91 a, 99, 567 ff., 574

a) Isolierte Kostenentscheidungen in Ehe- und Familienstreitsachen, die nach streitloser Hauptsacheregulierung erfolgen, sind mit der sofortigen Beschwerde nach den §§ 567 ff. ZPO anfechtbar.

b) Schließen die Beteiligten in einer Unterhaltssache einen Vergleich ohne Kostenregelung, ist die gesetzliche Wertung des § 98 ZPO (Kostenaufhebung) bei der gemäß § 243 FamFG nach billigem Ermessen zu treffenden Kostenentscheidung neben den weiteren, in § 243 Satz 2 FamFG als Regelbeispiele aufgeführten Gesichtspunkten zu berücksichtigen.

